

STADT WITTEN

NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Integration der Stadt Witten

am 14.11.2012

im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

SPD

Dietrich, Heinz-Jürgen
Fischer, Valentina
Güting, Birte
Humbert, Claus
Sander, Walter
Schubert, Petra
Yamanoglu, Erol

CDU

Günzel, Andreas
Tusche, Petra
Warzecha, Jan

Bündnis 90 / Die Grünen

Humbert, Micha Paul

bürgerforum

Koch, Frank Dr.

DIE LINKE.

Güthoff, Dieter

FDP

Kunstmann, Helmut-Georg

WBG

Wiedemeyer, Beate

Fraktionslos

Schulz, Dieter

Integrationsrat

Polichronidou, Theodora Dr.

Diakonisches Werk

Bobe, Dirk

Verwaltung

Andresen, Uwe

Braun, Wilfried

Cremer, Rolf

Formann, Claudia

Gonas, Michael (geht nach TOP 4)

Kampmann, Jürgen

Köhler, Uwe

Schmidt, Klaus (geht nach TOP 4)

Schwepe, Frank Erster Beigeordneter

Waleciak, Julian

Ennepe-Ruhr-Kreis

Dürwald, Heiner (geht nach TOP 4)

Winkler, Lothar

Ennepe-Ruhr-Kreis

Zeller, Elke (geht nach TOP 1)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Heimplatzversorgung im Ennepe-Ruhrkreis mit besonderer Blickrichtung auf Witten
-Bericht Herr Dr. Boscheck, Ennepe-Ruhr-Kreis
-

Als Vertreterin für Herrn Dr. Boscheck berichtet Frau Zeller, die beim Ennepe-Ruhr-Kreis für Pflegeplanung und Koordination der Pflegeberatungsstellen zuständig ist, über die Heimplatzversorgung im Kreis. Dabei werden folgende Kernaussagen getroffen:

1. Im Kreis gibt es in 41 stationären Pflegeeinrichtungen 4119 Plätze, Ende 2011 (Stichtag 01.12.2011) waren 3676 Plätze belegt, die durchschnittliche Auslastung lag bei 89,24 %, der Leerstand bei 443 Plätzen.
2. Große Platzüberhänge gibt es in Schwelm, Ennepetal und Gevelsberg.
3. Konkrete Neubauplanungen stehen nirgends an.
4. Witten hat 927 Plätze, Stand 01.09.2012.
5. Zum 01.12.2011 mit damals noch 933 Plätzen lag die Auslastung in Witten bei 886 Plätzen, 94,96 %.
6. Fast alle Wittener Einrichtungen erfüllen die bis 2018 erforderliche Einzelzimmerquote von 80 % der Zimmer, insofern sind keine erheblichen Platzzahlreduzierungen durch Umbauten zu erwarten.
7. Die Auslastungsdaten der Pflegeeinrichtungen im Ennepe-Ruhr-Kreis werden per Abfrage durch die Heimaufsicht zum Jahresende aktualisiert, dann sind aktuelle Auslastungstrends abzusehen.
8. Laut Abfrage bei den Pflegeberater/innen gibt es in Witten keine Probleme mit der Heimplatzversorgung, allenfalls bei der Versorgung mit Kurzzeitpflegeplätzen wird es gelegentlich eng. Diese werden gelegentlich auch als Zwischenlösung genutzt, bis ein Platz in der Wunschrichtung frei wird.
9. Sofern Heime Wartelisten führen, muss bei der Bewertung der Wartelisten unterschieden werden zwischen einem Akutbedarf und zwischen Menschen, die sich bereits vor Jahren vorsorglich angemeldet haben und die den Heimplatz dann oft gar nicht in Anspruch nehmen (müssen). Sofern jemand akut einen stationären Pflegeplatz benötigt, kann dieser Notwendigkeit immer entsprochen werden.
10. Die Anzahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Einrichtungen ist seit Jahren auf einem etwa gleichbleibenden Level, aktuell gibt es einen leichten Anstieg, der aber noch nicht als Trend gedeutet werden kann, dazu wäre eine Beobachtung über einen längeren Zeitraum notwendig.
11. Seitdem die Pflegeberatung (Anfang 2008) konsequent in Richtung ambulant vor stationär berät, ist im Bereich der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen ein Anstieg der Fallzahlen festzustellen.
12. Laut der Wittener Pflegeberatung gibt es kaum noch explizite Anfragen nach stationärer Versorgung, die Nachfragen bei den Pflegeberater/innen beziehen sich eher auf die Gestaltung von ambulanten Pflegearrangements.
13. Die Bundespflegestatistik 2011 wird voraussichtlich Ende Januar 2013 veröffentlicht, dann lassen sich bundesweite Trends ablesen, die jedoch regional stark abweichen können.
14. Die kreisbezogene Pflegestatistik mit den Stichtagsdaten vom 31.12.2011 erscheint noch deutlich später, erst dann sind auch regionale Trends ab-

sehbar.

15. Das Pflegeneuausrichtungsgesetz, das 2013 in Kraft tritt, beinhaltet Verbesserungen im Hinblick auf die Förderung von Pflegewohngemeinschaften. Das zu erwartende modifizierte Landespflegegesetz NRW wird voraussichtlich die Quartiersarbeit stärken mit Blick auf eine kleinräumige stadtteilnahe Versorgung von pflegebedürftigen Menschen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

2. Umsetzung der Leitlinien der Integration des Rates der Stadt Witten
-Sachstandsbericht-

Herr Waleciak, derzeitiger Mitarbeiter im Bereich Integration, informiert den Ausschuss umfassend über die Umsetzung der Wittener Leitlinien zur Integration innerhalb der angebotenen integrativen Maßnahmen und Projekte. Der vollständige Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt

3. Erfahrungsberichte JobCenter EN
a) Regionalstelle Witten
b) Koordinierungsstelle Schwelm

a) Herr Gonas berichtet aus dem JobCenter EN, Regionalstelle Witten:

Zahle:

- **ALO-Zahlen für Witten 2012**

	Oktober	Juli	Veränderung
Quote in %	8,9	8,9	0
ALO gesamt	4486	4489	-3
ALO SGB II	3336	3281	+55
ALO SGB III	1150	1208	-58

- **Personen im Bezug SGB II (T-3)**

	Juli	April	Veränderung
Bedarfsgemeinschaften	5339	5308	+31
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	7150	7155	-5
Sozialgeldempfänger	2599	2595	+4

- Vermittlungszahlen

	Gesamt 2012	Oktober 2012
Vermittlungen in Beschäftigung	858	95
in Soz.Versicherungspfl.	549	64
in Ausbildung	96	9
in Selbständigkeit	27	1
in Minijob	186	21

	Gesamt 2012	September 2012
Vermittlungen in Maßnahmen	3777	412

Personal / Rückstände

Aktuell ist – bis auf 0,5 Stellen – Vollbesetzung erreicht. Grundsätzlich aber lassen sich bevorstehende Abgänge aus unterschiedlichen Gründen (z. B. Wechsel zurück zur Stadtverwaltung, Langzeiterkrankungen, etc.) nicht vermeiden. Von den Gesamtrückständen zu Jahresbeginn konnten inzwischen 6.000 Rückstandsfälle (-> ca. 1/3) abgearbeitet werden. Ziel ist der vollständige Abbau der Rückstände bis Mitte 2013. Das für die Rückstandssachbearbeitung zuständige Team (= 5 Stellen) ist nunmehr seit dem 01.11.2012 vollzählig besetzt.

Fachbereich „JobCenter EN“

Die Gründung des Fachbereichs „JobCenter EN“ beim Ennepe-Ruhr-Kreis ist erfolgt. Mithin werden die städtischen MitarbeiterInnen zum 01.01.2013 zum ERK abgeordnet. Die Umstellung von EDV- und Telefonanlagen wird erst im Laufe des Jahres 2013 erfolgen. Dennoch wird die Erreichbarkeit des JobCenters sowohl per Telefon als auch per E-Mail jederzeit sichergestellt.

b) Herr Dürwald beschreibt die aktuelle Arbeitsmarktsituation und erklärt, dass in allen Bereichen eine gewisse Stagnation eingetreten und eine Änderung in absehbarer Zukunft auch nicht zu erwarten ist.

Für das Jahr 2013 hat das JobCenter inzwischen den Haushaltsplan aufgestellt. Danach werden für die rd. 26.000 zu betreuenden Personen insgesamt 186.000.000,00 € benötigt. Der Betrag wird wie folgt finanziert:

- durch den Bund -> 135.000.000,00 €
- durch Landesleistungen -> 6.000.000,00 €

-Antrag der SPD-Fraktion vom 27.09.2012-
(Drucksache)
Vorlage: 0260/AG15

Der Antrag wird wegen weiteren Besprechungsbedarfs in der Fraktion zunächst zurückgezogen. Die Behandlung des Themas wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

7. Ergänzungsantrag "Runder Tisch/Demografischer Wandel"
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.10.2012-
(Drucksache)
Vorlage: 0261/AG15
-

Der Antrag wird wegen weiteren Beratungsbedarfs in der Fraktion zunächst zurückgezogen. Die Beratung des Themas wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

8. Haushaltsplanentwurf 2013 ff.
-Bereiche Integration, Soziales und Wohnen-
(Fragen zu den HPI.-Positionen der o. g. Bereiche bitte schriftlich bis zum 06.11.2012 dem Amt für Wohnen und Soziales -Verwaltungsabteilung- zwecks Vorbereitung der Antworten zuleiten)
-

Herr Andresen erläutert die Mittelanmeldungen. Herr Cremer weist ergänzend darauf hin, dass der geplante Ansatz bei dem Produktsachkonto 050304.531800 – Zuwendungen an karitative Einrichtungen - bereits die beantragte Erhöhung des H.i.P.-Personalkostenzuschusses i. H. v. 7.750,00 €uro enthält, aber für den Fall, dass der ERK seinerseits eine Zuschusserhöhung ablehnt, sich der Rat der Stadt Witten dieser Entscheidung anschließen wird, sodass sich bei dem o. g. Produktkonto der Ansatz 2013 auf 111.175,00 €uro reduzieren wird.

Im Hinblick auf die finanzielle Situation des H. i. P. appelliert der Ausschussvorsitzende erneut an die Ausschussmitglieder, sich über die Fraktionen für die erforderliche Unterstützung der anerkannten Einrichtung insbesondere auf Kreis- und Landesebene einzusetzen, damit das H. i. P. die erforderliche und erwießenermaßen gute Arbeit erfolgreich fortsetzen kann.

9. ASOWOIN-Sitzungstermine 2013
-

Der Ausschussvorsitzende gibt folgende voraussichtliche Sitzungstermine des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Integration 2013 bekannt:

1. Sitzung : Mittwoch, 20.02.2013
2. Sitzung : Mittwoch, 05.06.2013
3. Sitzung : Mittwoch, 18.09.2013
4. Sitzung : Donnerstag, 14.11.2013

Die Sitzungen beginnen jeweils um 17:00 Uhr.

Die Tagungsorte sind der jeweiligen Einladung zu entnehmen.

10. Berichte der Verwaltung

10.1. Berichte aus dem Asylbereich

a) Nachzahlungen aufgrund des BVG-Urteils vom 18.07.2012

b) Aktuelle Unterbringungssituation

Herr Andresen berichtet, dass die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 erforderlichen Berechnungen in Rückwirkungsfällen mit den neu festgesetzten Regelsätzen für Leistungsempfänger nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz durchgeführt wurden.

Davon betroffen waren 57 Fälle mit 101 Personen. Der insgesamt nachzuzahlende Betrag beläuft sich auf rd. 81.000,00 €uro. Die Auszahlung der Einzelbeträge an die Leistungsempfänger ist veranlasst und erfolgt mit der nächsten Monatszahlung.

Herr Andresen informiert den Ausschuss über die aktuelle Situation im Bereich „Unterbringung von Asylbewerbern“.

In städtischen Unterkünften sind waren mit Stand 31.10.2012 insgesamt 129 Asylbewerber untergebracht; dazu musste bereits auf den Wohnungslosen-Bereich zurückgegriffen werden. Es besteht z. Z. noch eine Reserve für weitere 44 Personen – u. a. durch Inanspruchnahme des Wohnungslosen-Bereichs und Umsetzungen, wobei allerdings auf Religionszugehörigkeiten, Herkunftsländer, Geschlechtertrennung und Größe der Bedarfsgemeinschaften Rücksicht zu nehmen ist.

Bei einer wöchentlichen durchschnittlichen Zuweisungszahl von 7 neuer Asylbewerber ist die derzeitige Kapazitätsreserve spätestens bis Mitte / Ende Dezember 2012 aufgebraucht. Freiwerdende Räume durch Umzüge in Privatwohnungen (es liegen z. Z. 10 Umzugsgesuche vor) sind bei gleich bleibenden Zuweisungszahlen bis Mitte / Ende Februar 2013 wieder belegt. Aufgrund dieser sich zuspitzenden Unterbringungssituation ist die Verwaltung intensiv bemüht, geeignete städtische Unterbringungsobjekte zu finden; Schulen und Turnhallen kommen dafür allerdings nicht in Betracht.

Herr Schweppe regt eine Untersuchung an, welche Erwartungen Eltern- und Kinder-Generationen von Immigranten – u. a. im Vergleich mit deutschen BürgerInnen – an die Pflege richten, welche Pflegebedarfe sich daraus ergeben und welche Vorkehrungen ggf. zukünftig zu treffen sind.

Frau Formann sagt die Veranlassung einer derartigen Untersuchung zu.

Vorsitzender

Schriftführer